



# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Sozialausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14</b>		
Datum <b>24.02.2010</b>	Beginn <b>17:00 Uhr</b>	Ende <b>19:20 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## **Mitglieder**

Oehl, Heinz  
Orentat-Steding, Ingrid  
Heinemann, Manfred  
Thier, Heinz-Georg

## **Mitglieder FDP**

Müntel, Ingeborg

## **Mitglieder**

Gregor-Rauschtenberger, Brigitte  
Kappelhoff, Petra Viola

## **Mitglieder DIE LINKE.**

Schmidt, Cornelia

## **Mitglieder BFS**

Bockelmann, Christian Dr.

## **Vorsitzender**

Grunewald, Frank

## **stellv. Vorsitzender**

Steuernagel, Rolf

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Esser, Meinhard  
Voß, Jürgen

## **Schriftführer/in**

Eibert, Peter

Abwesend:

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom  
09.12.2009
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und  
Verwaltung
- 3 Beratung zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 / 2011\*
- 4 Mündlicher Bericht zur Situation der JobAgentur (siehe  
Anlage)
- 5 Neubildung des Koordinierungskreises Ausländische 030/2010  
Mitbürger Schwelm
- 6 Mitteilungen
- 7 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

## A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom  
09.12.2009

Gegen die Sitzungsniederschrift wurden keine Einwände erhoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X  
dafür  
dagegen:  
Enthaltungen:

- 2 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und  
Verwaltung

Es wurden keine Fragen gestellt.

- 3 Beratung zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 / 2011\*

Beraten wurden die Seiten 2302 bis 2379 des Doppischen Produktplanes 2010/2011. Daneben wurden die gesondert beigefügten Anlagen „Konsolidierungsmaßnahmen Teil 1 bis Teil 3“ und die vorab mit Sitzungsvorlage Nr. 017/2010 vorgelegten Anlagen 2 „Umsetzungsstand bisheriges HSK“ und 3 „Tabellarische Übersicht der Konsolidierungsmaßnahmen“ mitberaten.

Nach Erörterung diverser Fragen aus dem Ausschuss und Erläuterungen einzelner Buchungsstellen der Produkte seitens der Verwaltung, war der Ausschuss einhellig der Auffassung, bis auf die nachfolgend protokollierte Beschlussfassung hinsichtlich zweier Positionen bei den „Konsolidierungsmaßnahmen Teil 1“, die weitere Beratung dem Finanzausschuss zu übertragen.

Bei den Positionen „05.04.01.531800 – Zuschüsse an Vereine und Organisationen“ und „05.04.03.531800 – Zuschüsse für soziale Verbände“ wurde aus den Reihen der CDU der Beschlussvorschlag eingebracht, jeweils einen Ansatz in Höhe von 80 % des Vorjahresansatzes vorzusehen und gleichzeitig mit einem Sperrvermerk zu versehen. Parallel dazu wird die Verwaltung die Zuschussnehmer hinsichtlich eigener Sparmöglichkeiten bei den seit Jahren gleichbleibend gezahlten Zuschüssen befragen.

Somit wird vorgeschlagen, bei der Position 05.04.01.531800 einen Ansatz von 1.560 € und bei der Position 05,04,03.531800 einen Ansatz von 3.520 € vorzusehen und gleichzeitig einen Sperrvermerk „Vorbehalt der weiteren Haushaltsberatungen“ anzubringen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Position 05.04.01.531800 – Zuschüsse an Vereine und Organisationen – einen Ansatz von 1.560 € und bei der Position 05.04.03.5131800 – Zuschüsse für soziale Verbände – einen Ansatz von 3.520 € vorzusehen. Beide Ansätze sollen mit einem Sperrvermerk „Vorbehalt der weiteren Haushaltsberatungen“ versehen werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

#### 4 Mündlicher Bericht zur Situation der JobAgentur (siehe Anlage)

Die Verwaltung berichtet kurz über die jüngsten internen Entwicklungen insbesondere auch nach kürzlich ergangenen Verfassungsgerichtsurteil zur Bemessung der Regelleistungen nach dem ALG II. Über die weitere organisatorische Ausrichtung der JobAgenturEN kann derzeit noch keine konkrete Aussage getroffen werden.

Gerade auch im Interesse der MitarbeiterInnen sind der Ennepe-Ruhr-Kreis als Leistungsträger und die beteiligten Städte bemüht, so bald wie möglich eine Regelung zumindest als Vorsorgebeschluss zu treffen – vorbehaltlich des Erlasses der bundesgesetzlichen Regelungen zum Arbeitslosengeld II.

In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses ist geplant, den Jahresbericht für die Regionalstelle Schwelm vorzulegen. Eine gewünschte vergleichende Statistik der einzelnen sechs Regionalstellen wird dann ebenfalls vorgelegt.

#### 5 Neubildung des Koordinierungskreises Ausländische Mitbürger Schwelm 030/2010

Der Sozialausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag gemäß Vorlage Nr. 030/2010 zu. Aus den Reihen der SPD wird nachgefragt, ob Herr Sarsik als Vertreter einer

Organisation in den KAMS entsandt wird. Die Verwaltung erläutert, dass die ausländischen Vertrauensleute im KAMS ausdrücklich als Einzelpersonen zu betrachten sind.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Koordinierungskreis Ausländische Mitbürger Schwelm wird gebildet aus

je einer von den im Rat vertretenen Fraktionen bestimmten Person,  
je einem Mitglied der Wohlfahrtsverbände AWO, Caritas und Diakonie,  
den vom Rat bestimmten ausländischen Vertrauensleuten und  
dem Sozialdezernenten der Stadt Schwelm.

Den ausländischen Vertrauensleuten für die Legislaturperiode  
2009 – 2014 soll Herr Ramazan Sarsik, Prinzenstr. 28 angehören.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

## 6 Mitteilungen

Die Verwaltung berichtet über ein am 17.02.2010 seitens des Fachbereiches Jugend, Soziales veranstaltetes Forum „Hilfe und Pflege im Alter“. Eingeladen hierzu waren sämtliche in diesem Bereich tätigen Organisationen, Pflegedienste, Pflegeheime, Krankenkassen etc. Das Forum will sich regelmässig treffen und ggfls. gemeinsame Veranstaltungen konzipieren. Im Sozialausschuss wird regelmässig hierüber berichtet werden.

## 7 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Steuernagel fragt die Verwaltung unter Bezug auf den letzten GPA-Bericht nach der Einführung weiterer Standards im Bereich der Hilfe zur Erziehung und der Heimunterbringung im Jugendbereich. Die Verwaltung weist daraufhin, dass diese Fragen im sachlich zuständigen Jugendhilfeausschuss erörtert werden müssen.

Herr Thier fragt, ob der Verwaltung vergleichende Zahlen hinsichtlich der Leistungserbringung im SGB XII-Bereich vorliegen. Die Verwaltung sagt zu, entsprechende Daten beim Ennepe-Ruhr-Kreis zu erfragen und dem Ausschuss sobald als möglich vorzulegen. Es wird aber ergänzend gleich darauf hingewiesen, dass eine unkommentierte Darlegung der Daten/Zahlen ggfls. zu falschen Schlüssen führen kann.

Herr Thier bittet ergänzend die Verwaltung, belastbare Zahlen hinsichtlich der Kosten der Altenheim-/Pflegeheimplätze vorzulegen. Die Verwaltung sagt zu, entsprechend der sonstigen Daten des SGB XII, diese Zahlen bei der Kreisverwaltung zu erfragen.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis ... der Sitzungsniederschrift .... vom heutigen Tage.